



„Schönheiten unseres Wirtschaftssystems“: Das billige Öl.....	2
Die Parteitage von CDU und SPD.....	4

„Ich sag’ nur Köln!!“

Jetzt ist es auch bei uns passiert. Viele haben es ja kommen sehen. Aber von „diesem Ausmaß“, von dieser ein paar Stunden dauernden „Aufhebung aller Selbstverständlichkeiten“, dem zwischenzeitlichen Ausfall der uns im kollektiven Gefühl sitzenden „Verlässlichkeit des Funktionierens unseres Staates“ – davon zeigen sich demonstrativ gerade die geschockt, die eine solche Katastrophe im Prinzip für unvermeidbar gehalten haben. Nein, es war kein Angriff im Stile der Attentate, die arabische bzw. arabischstämmige Islamisten in New York, Paris und anderen Städten des Freien Westens verübt haben. Aber analog zu diesen ins jeweilige nationale Gedächtnis eingegangenen „schwarzen Momenten“ entsetzt sich ganz Deutschland über die „Silvesternacht von Köln“, die in den Tagen und Wochen danach kollektiv als Heimsuchung unserer Gemeinschaft durch das Gespenst einer anders- und abartigen Kultur des Bösen abgefeiert wird – mit allem, was die Drehbücher der öffentlichen Bewältigung solch eines Ereignisses vorsehen: Sondersendungen, Talkrunden, Exklusivinterviews; Betroffene kommen zu Wort und Verantwortliche; Hintergründe werden recherchiert und Folgen abgeschätzt; politische und polizeiliche Amtsinhaber versprechen, ihres Amtes zu walten; die politische Opposition verspricht, ihnen das nun endgültig nicht mehr zu glauben...

Auffällig ist die Kluft zwischen dem Inhalt der vielsprochigen diskursiven Wechselgesänge, in denen die nationale Schreckenslyrik vorgetragen wird, und ihrem Anlass.

Der bestand im Auftritt einer Meute maghrebinisch-arabischen Jungvolks, die vorgeführt hat, welches Milieu lumpenproletarischer Strolche offensichtlich fest zum Kapitalismus Deutschlands, zu seinen dicken sozialen Rändern und zum Pluralismus von Parallelgesellschaften gehört, die sich diese Nation im Zuge ihres imperialistischen Ausgreifens aus aller Welt importiert. Für ein paar Stunden haben ein paar Hundert von ihnen die Problemviertel, sozialen Brennpunkte und sonstigen Begrüßungszentren dieser Republik verlassen, in denen sie sonst zusammengefasst, kontrolliert und nur aufeinander und ihresgleichen losgelassen werden und damit den Gang der Dinge nicht weiter stören. In einer gemessen an ihren normalen Einzugsgebieten besseren Gegend haben sie ein Ritual abendländischer Hochkultur – kollektives Abschießen von Feuerwerk unter Alkoholeinfluss aus Anlass der immer wiederkehrenden Faszination darüber, dass das eine Jahr tatsächlich aufhört und hinterher das andere wirklich anfängt – mit ihrem Massentumult gestört und der staunenden Welt eine Banalität demonstriert: Die Sitten der Armen sind so hässlich wie die Armut selbst. Die Polizei hat reagiert, wie sie bei unerwarteter Massenrandale und dadurch bedingtem punktuellen Fachkräftemangel eben reagiert. Den Opfern blieb wie immer der Schrecken, der Schaden, die Schande – aber hinterher der schale Trost, dass wenigstens das Erstatte von Anzeigen kein unnötig harter Hürdenlauf geworden ist, weil auch am katholischen Bischofssitz Köln und in den angrenzenden Sprengeln und Gemeinden aus irgendeinem Grunde für jede Schandtate vom Diebstahl bis zur Vergewaltigung bei der Polizei die passenden Formulare immer schon vorhanden sind.

Genommen hat die Hauptströmung der auf allen Kanälen sofort losgetretenen Aufarbeitung das Ereignis von der ersten Sekunde an als etwas komplett anderes: als Beweis für

die Unhaltbarkeit von Merkels Linie in der Flüchtlingspolitik, also dafür, wie richtig sie mit ihrer Dauerhetze gegen die Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel liegt. Eine breite Front von „Stimmen des Volkes“ kommt mit ihrer tiefen persönlichen Betroffenheit zu Wort; besser betuchte Bürger, normale Passanten, ausgewählte Exemplare aus dem Kreis deutscher Slumbewohner – die praktisch ganz sicher überhaupt nicht in gleicher Weise von den Folgen der Politik betroffen sind! – fungieren und äußern sich als Kronzeugen des Vorwurfs an die Kanzlerin, sie setze Deutschland einer Flut von Fremden aus, die man und frau als angestammte Bewohner dieses Landes weder ertragen können noch überhaupt, schon gar nicht ungefragt, sich gefallen lassen müssen. Eingefordert wird eine Politik, mit der der Staat sein Treue- und Dienstverhältnis zum einheimischen Volk an den Fremden exekutiert, also seine Deutschen von solchen unerwünscht Zugereisten verschont.

Mit dieser „Aufarbeitung von Köln“ ergeht in aller Öffentlichkeit eine offensive Ansage darüber, was die nationale Identität dieses aufgeregten Volkes ausmacht. Es wird vorstellig gemacht – und äußert sich auch selbst per Internet, per Leserbrief, bei jeder Gelegenheit – als Kollektiv, das sich in den im Lande herrschenden Verhältnissen und unter den dort herrschenden Richtlinien und Figuren mit Richtlinienkompetenz total eingehaust hat, nämlich als seiner Heimat. Und dessen Mitglieder – zwar nicht im täglichen Leben, aber immer dann, wenn sie darauf angesprochen werden – demonstrativ stolz darauf sind, welcher ganz besonders feinen Gemeinschaft sie angehören. Die Art und Weise, die Sitten und Gewohnheiten, mit denen sie das hinkriegen, gelten diesen Eingeborenen unmittelbar als Ausschlusskriterium gegen erkennbar Nicht-Eingeborene. Und darin stecken ein paar gar nicht so selbstverständliche Übergänge. Nämlich zuerst von dem, was man und frau in pflichtschuldigem Mitmachen für normal halten, zur Würdigung dieser – oft genug nur vorgestellten – Normalität als Norm, der zu folgen sich gehört; als Imperativ, dem alle zu folgen haben, weil man und frau selber ihm gehorchen; als Kanon, dessen Zwangscharakter durch seine Gewöhnlichkeit zur Selbstverständlichkeit wird. Warum die „guten Sitten“ ein Zwang sind, den die Einheimischen sich selber antun, das wissen sie selber ganz gut und geben es bei Bedarf auch zu Protokoll: Die Notwendigkeiten der Konkurrenz ums Geld – ums Verdienen, schon gleich als Kraft am deutschen Arbeitsmarkt, wie ums Ausgeben, alles unter staatlichem Regime und gesetzlich geregelter Geldknappheit – sind ungemütlich; sie als heimatliche Lebensweise zu akzeptieren, ist und bleibt eine Anstrengung, die durch den Blick auf manchmal ganz schöne Landschaften, auf den Luxus eines gewissen Kulturlebens und dergleichen nicht wirklich leichter wird. Die als Lebensart – oder unter geistreichen Stichwortgebern als Leitkultur – hochgehaltenen Techniken des Zurechtkommens sind ein permanentes Ringen um Zufriedenheit in den gegebenen Verhältnissen. Und wie viel Zwang in diesen verpflichtenden Sitten steckt, das wird – buchstäblich – schlagend daran deutlich, wie sie als Kriterium der Ausgrenzung gegen „Fremde“ gewendet werden. Zur Anwendung kommt da nämlich gar nicht die wertneutrale Feststellung, dass andere es mit der Einrichtung ihres Lebens eben anders halten, auf ihre Art zurechtkommen suchen. Wer nicht „dazugehört“ – woran auch immer das festgemacht wird –, der steht mindestens unter dem Verdacht, dass sich da jemand der Pflicht entzieht, die in den ortsüblichen Manieren des Mitmachens im System des national arrangierten Konkurrenzlebens niedergelegt ist. Wer nicht so mittut, wie es sich gehört, der

► Fortsetzung Seite 2

VORTRAG & DISKUSSION

Das Finanzkapital

Referent: Joseph Patrick
Co-Autor des vorgestellten Buches

Veranstalter: GEGENSTANDPUNKT-Verlag

FRANKFURT Mittwoch, 27. April 2016, 19 Uhr
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
nahe Hbf, Zugang über den Hof

MARBURG Donnerstag, 28. April 2016, 19 Uhr
Kulturladen KFZ, Schulstraße 6

Die vorliegende Schrift bietet

- keine Beschwerde über Zockerei und kriminelle Umtriebe der Finanzmafia;
- keinen Einblick in den Alltag ehrlicher Geldhändler;
- weder Untergangsprognosen noch Zukunftsperspektiven für eine Krisenbranche;
- keine kurzgefasste Banklehre oder einen TÜV für die Ratschläge vom Bankberater;
- keine Rezepte für eine bessere staatliche Geld- und Finanzpolitik.

Sie erklärt stattdessen

- das Verhältnis der Abhängigkeit und der Notwendigkeit, des Dienstes und des Regimes, in dem das Finanzgewerbe zur kapitalistischen Warenproduktion steht;
- die vom Staat verliehene und unterstützte Macht der Banken, Kreditzeichen als Geld zirkulieren zu lassen und mit Schulden Geschäfte zu machen;
- die Freiheit der ‚Finanzindustrie‘, mit dem Geldvermögen der Gesellschaft, das ihr gar nicht gehört, auf den Geschäftserfolg der Unternehmenswelt zu spekulieren, die ihr auch nicht gehört, und

daran nicht nur zu verdienen, sondern alle Welt vom Erfolg ihrer Spekulationsgeschäfte abhängig zu machen;

- den Nutzen des Kreditgewerbes für den Staat, der mit Geld und Schulden regiert, und den Nutzen des Staats für das Kreditgewerbe, das ohne Zentralbank und öffentliche Schuldenverwaltung aufgeschmissen wäre; also die Symbiose von privater Finanzmacht und staatlicher Gewalt;
- die weltweit wirksame Macht über Investitionen und nationale Kapitalstandorte, die die Kreditbranche durch die staatlich betreute Internationalisierung des kapitalistischen Geschäftslebens gewinnt;
- den Dienst, den die Finanzmärkte für das Geld der Weltwirtschaftsmächte leisten, und die Geschäftsfreiheiten und -mittel, die sie dafür von den politischen Machthabern über die herrschende Weltordnung verlangen und bekommen; also die ökonomische Rason des modernen Imperialismus.

Kurzum: Das Buch widmet sich der Kritik der politischen Ökonomie des ‚globalisierten‘ Kapitalismus

Eintritt frei!

Das Buch zum Vortrag:

Peter Decker, Konrad Hecker, Joseph Patrick

Das Finanzkapital



Aus dem Inhalt:

Die Basis des Kreditsystems:
Von der Kunst des Geldverleihens

Das etwas andere Wachstum:
Die Akkumulation des fiktiven Kapitals

Finanzsektor und öffentliche Gewalt:
Eine konfliktreiche Symbiose

Das internationale Finanzgeschäft und die Konkurrenz der Nationen

180 Seiten, 20 €, ISBN 978-3-929211-16-0

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag:

www.gegenstandpunkt.com

Das Buch ist auch als Ebook erhältlich.

Pdf-Ausgabe (seitengleich mit der Druckausgabe):

€ 20.– ISBN 978-3-929211-74-0

Epub-Format für Ebook Lesegeräte:

€ 20.– ISBN 978-3-929211-75-7

Mobi-Format für Kindle Lesegeräte:

€ 20.– ISBN 978-3-929211-76-4

Köln ... ► will nicht, was sich gehört: Der Kurzschluss von ‚fremd‘ auf ‚feindselig‘ ist nichts als die negative Komplementärfassung der positiven trinitarischen Formel ‚ungemütlich, aber unumgänglich = gewohnt = gehört sich so‘.

Das alles ist fix und fertig; schon längst vor ‚Köln‘. Es ist jederzeit abrufbar; ganz unabhängig von ‚Köln‘. *Anlässlich* von ‚Köln‘ wird es abgerufen; mit bemerkenswertem Erfolg.

Von wem – das ist kein Rätsel: von Politikern, die, aus welchen Gründen auch immer, etwas gegen die regierungsoffizielle Flüchtlingspolitik haben und auf dem Feld der nationalistischen Rechthaberei schon seit längerem gegen diese Politik ankonkurrieren. In diesem Fall sogar von zweierlei Politikern: Auf dem obersten Niveau der amtlichen Politik haben mitregierende Führungsfiguren gegen Merkel eine Konkurrenz um Einfluss und Macht innerhalb der Großen Koalition eröffnet; nicht zufällig näherhin innerhalb der C-Fraktion, die ihre Politik traditionell als Dienst an den vertrauten „guten Sitten“ des Volkes und praktizierte Heimatliebe zu rechtfertigen und zu popularisieren pflegt. Angeheizt wird dieser Machtkampf durch Erfolge einer Konkurrenz von außerhalb der etablierten Parteien: einer Agitation von rechts gegen die behauptete Alternativlosigkeit der Regierungspolitik, vorgetragen mit dem Ruf nach einer Gewalt, die den Zwang exekutiert, dem sich aus patriotischer Sicht „der Fremde“ schon mit seinem genehmigten Da-Sein ungestraft entzieht, und mit dem Vorwurf des Volksverrats an eine Regierung, die es aus eben dieser Sicht an eben diesem Zwang fehlen lässt.

Was die Demagogen beider Fraktionen von Machtkämpfern bei ihrer Agitation im Visier haben, das ist die moralische Lesart des Verhältnisses guter Deutscher zu armen Migranten und verfolgten Bürgerkriegsopfern, mit der Merkel und ihre Leute die offizielle Flüchtlingspolitik propagieren. Demnach ist Deutschland es seiner ökonomischen Größe und weltpolitischen Großartigkeit einfach moralisch schuldig, sich des „Problems“ der weltweiten und vor allem der auf Europa zielenden „Flüchtlingsströme“ erstens gründlich und zweitens auch in der Form anzunehmen, dass die von Berlin aus organisiert und in bislang nicht bekanntem Umfang verstaat werden. In ihrer Grußadresse ans eigene Volk und die Welt – das mittlerweile berüchtigte

„Wir schaffen das!“ – deutet die Kanzlerin den imperialistischen Grund und Inhalt ihrer Politik – den Anspruch ihrer Führungsmacht auf Zuständigkeit für die Regelung des Weltgeschehens in allen seinen Abteilungen – unter dem Stichwort „globalisierte Republik“ sehr vornehm an. Explizit appelliert sie an den Stolz ihrer Landsleute auf den schon an verschiedensten „Fronten“ – von der wirklichen im Stellvertreterkrieg um die Ukraine bis zur ökologischen im Kampf um eine Erderwärmungsbremse – errungenen Welterfolg deutscher Leadership, den sie sich seit jeher als wahrgenommene deutsche Verantwortung für die Welt zurechnen dürfen, die ihnen zur Ehre gereicht. So dass diesem Volk ein wohlwollend paternalistisches Betreuungsverhalten gegenüber einigen der transnational mobilen Opfer des so heftig betreuten Weltgeschehens gut zu Gesicht stünde. Mit ihrem vergleichsweise nüchternen Hinweis, dass die Flüchtlinge sowieso unterwegs sind und von einer Macht wie der deutschen weder ignoriert noch auf andere, weniger bedeutende Staaten abgeschoben werden „können“, will sie schon eine nationale Gewissensfrage gestellt und im Sinne der Christenpflicht beantwortet haben, in den Migranten die armen verfolgten Menschen, „unschuldige Opfer“ zu sehen und sie nach dem Motto ‚Ich sage nur Bethlehem!‘ willkommen zu heißen. Zur moralischen Überzeugungskraft dieser Anmache gehört die romantische Vorstellung, man hätte es da mit lauter Figuren zu tun, die in und wegen ihrer Eigenschaft als *verfolgte Unschuld* eine edelmütige Betreuung durch Deutschlands edelmütiges Volk zweifelsfrei verdienen; andernfalls wäre man als Wohltäter ja nicht das selbstlos „freundliche Gesicht“ der Nation, sondern der ausgenutzte Depp. Nur so funktioniert der wunderbare moralisch-legitimierende Kreisverkehr, den Merkel in Gang setzen will: Die sittliche Güte und Überlegenheit unseres Gemeinwesens erweist sich darin, dass wir Opfern helfen, denen unsere Hilfe – ausweislich der Bösartigkeit ihrer Verfolger, ihrer Unschuld, ihrer Hilflosigkeit und ihres vom Rektor der Universität von Damaskus abgestempelten Kinderarzt diploms, also aller Werte, die wir hochhalten – wirklich *zweifelsfrei* zusteht.

Diese Gleichung ist allemal leicht angreifbar durch die bloße Tatsache, dass auch Flüchtlinge normale Menschen, also moralisch kaum edler sind als die zu ein bisschen Mitleid animierten Deutschen. Und sie wirkt fatal, wenn dem Nationalismus in seiner explizit ausländerfeindlichen Fassung ein Ereignis vom Kaliber „Köln“ in den

Schoß fällt, das ihm schlagend „beweist“, was ihm sowieso schon klar ist. Nämlich erstens, wie richtig er mit seiner Formel ‚fremd = sittenwidrig‘ liegt. Und zweitens, wie verkehrt, ja volksfeindlich eine Politik ist, die ein Heer von geborenen Sittenstrolchen nicht abwehrt und in die Flucht schlägt, sondern zur „Invasion“ geradezu einlädt: eine absurde Zuspitzung, mit der die Aufregung über den Kölner Silvesterskandal erst so richtig zur Sache kommt; zu der politischen Sache nämlich, um die es den Wortführern der großen Empörung geht.

Deren Konkurrenz bringt die Regierung mit ihrer flüchtlingspolitischen Linie tatsächlich in die Defensive. An der moralischen Stärke der Gemeinheit, die Übergriffe der Silvesternacht als definitiven Beweis für die unsittliche Natur der Flüchtlinge und folglich für den „unrechtsstaatlichen“ bis „volksverräterischen“ Charakter der Regierungspolitik herzuziehen, liegt das allerdings nicht. Dass das Geschrei um „Köln“ in diesem Sinne wirkt, ist eine Folge *des* „Arguments“, das gerade in einer funktionierenden Demokratie über die Stichhaltigkeit der Propaganda entscheidet, mit der Politiker ihre Vorhaben und Taten dem regierten Volk ans Herz legen – geradezu ein Lehrbuchbeispiel für die Logik des „politischen Diskurses“: Die Kanzlerin kriegt die Opposition in den eigenen Reihen nicht tot. An der eigenen Gefolgschaft gelingt ihr der praktische Nachweis der Alternativlosigkeit ihrer Politik durch allgemeine fraglose Zustimmung nicht. Was sich eventuell noch „aussitzen“ ließe, käme nicht das andere Argument ihrer ‚Kritiker‘ hinzu: Was in den Bildern von der „Isolation“, in der die „einsame Kanzlerin“ sich befinde, ausgedrückt wird, ist der GAU für jeden Freund des deutschen Imperialismus: Die Kanzlerin bringt Europa nicht auf die Linie, die sie nicht nur durchsetzen will, sondern von deren Durchsetzung sie sogar den Erfolg, also nach allen politischen Maßstäben die Richtigkeit ihrer Politik abhängig gemacht hat. Was sich innenpolitisch allenfalls auch noch verkraften ließe, gäbe es nicht die Konkurrenz in den eigenen Reihen, die sich nicht disziplinieren lässt... Im Innern wie von außen gibt es nicht nachlassende Widerstände. Und daraus folgt das für den politischen Verstand entscheidende Verdikt: Die Regierung erweist sich als *nicht durchsetzungsfähig*. Der „Befund“ gibt allen nationalistischen Protesten gegen die „Zumutung“ einer „Migranteninvasion“ poli-

tisch Gewicht, also Recht.

Mit „Köln“ hat das ersichtlich nichts zu tun. Für einen an seinem Ausländerhass berauschten Nationalismus aber alles. Hier nimmt man die Kölner Orgie zum Anlass, den Streit über den imperialistischen Umgang mit notleidenden Ausländern und fremdenfeindlichen Inländern auf die Frage zuzuspitzen, wie es um die Sexualmoral des arabischen, islamisch geprägten Mannes steht. Was immer es in der Sache zum Verhältnis von religiösem Anstand, sexueller Verklammtheit und gewalttätiger Übergriffigkeit gegen Frauen und Kinder zu sagen gäbe – auch die rheinischen Katholiken haben ja fürs entsprechende Brauchtum in der eigenen Kirche inzwischen eigene Enquête-Kommissionen –, spielt dabei keine Rolle: Die xenophobe Abteilung des gegenwärtigen deutschen Nationalismus bestätigt sich an ihren Phantasien über die sexuelle Abartigkeit der Südländer, wie tief in denen drinsteckt, dass sie zu uns nicht passen, wir also alles Recht haben, wenn wir sie bei uns nicht haben wollen. Die andere Abteilung bemüht sich darum, diese Schlussfolgerung, die keine ist, zu entkräften, indem sie die verkorkste Sexualmoral der Muselmänner, von der auch sie zu berichten weiß, zu einer Frage der Erziehung und der Umstände erklärt, die wir doch bei uns in der Hand haben, also in Bezug auf die zu uns Geflüchteten auch in die Hand nehmen sollen.

Weil wir das in jeder Hinsicht aufgeklärte Abendland sind, bleibt es nicht aus, dass sich Experten zu Wort melden. Mit ihren Beiträgen zur sexualwissenschaftlichen Völkerkunde bereichern sie die Debatte, die unter der von der „ZEIT“ präzise formulierten Leitfrage „Wer ist der arabische Mann“ geführt wird. Bei der entgeht ihnen, dass sie sich um etwas komplett anderes dreht. Das ist aber darum auch nicht weiter schlimm – sie sind ja wirklich bloß die so oder so herum zitierten Lieferanten für das Material eines Nationalismus, der auf sie weder gewartet hat, noch wirklich etwas von ihren Einlassungen abhängig macht. Schlimm ist umgekehrt, dass dieses Gemüt im Unterschied dazu, was den verklemmten Maghrebinern nachgesagt wird, rundum intakt ist und sich jeden Tag von Sachsen bis NRW dermaßen unverklemmt Luft verschafft, dass sich jeder Vergleich zu „Köln!“ verbietet. ◀

Aus der Reihe

„Schönheiten unseres Wirtschaftssystems“ Das billige Öl

Die moderne Welt braucht Öl. Die Art, wie sie damit wirtschaftet, zeugt davon, wie fortschrittlich und vernünftig sie eingerichtet ist.

Das geht schon damit los, dass die globale Marktwirtschaft offenbar erfolgreich den primitiven Standpunkt hinter sich gelassen hat, dass ein reiches Angebot eines für das technische Funktionieren der Gesellschaft notwendigen Gutes auf jeden Fall eine erfreuliche Sache ist. Dort, wo der Markt die gesellschaftliche Versorgung regelt, funktioniert die Sache anders: Die gegenwärtige „Ölschwemme“ führt – vermittelt über das Naturgesetz, dass vermehrtes Angebot den Preis senkt, den alle Produkte von irgendwoher haben, – dazu, dass der Ölpreis ins Bodenlose fällt. Und das ist bekanntlich nur für diejenigen, die den Preis zahlen, von Nutzen – für ihre Kooperationspartner auf der Verkäuferseite ist genau dies in genau diesem Maß ein Schaden; im Moment ein ziemlich gigantischer.

Dass es zu so einer Schwemme kommen kann, zeugt von einer weiteren Errungenschaft der Moderne: Die Umständlichkeit, gesellschaftliche Produktion gesellschaftlich zu planen, kommt für die Marktwirtschaft auch beim Fördern und Verarbeiten von Öl, also eines elementaren ökonomischen Mittels des gesamten gesellschaftlichen Lebens erst gar nicht infrage. Stattdessen gilt das ebenso raffinierte wie kreuzvernünftige Prinzip, dass produziert und verkauft wird, was demjenigen einen Überschuss des Verkaufspreises über die Produktionskosten einspielt, der

über genügend Kapital verfügt, für eine solche Produktion alle nötigen Faktoren einzukaufen. Und der fragt nicht nach dem Bedarf, sondern schaut, dass er möglichst viel lohnend verkauft. Insofern kennzeichnet die Schwemme recht besehen gar keinen Überfluss, sondern einen Mangel: Öl zu verkaufen lohnt sich zu wenig, somit gibt es davon zu viel. Und so kommt es z.B., dass in den USA die eben noch als neuer technologischer Stolz der Nation, als Speerspitze der nationalen Reindustrialisierung gefeierte Fracking-Technologie an zahlreichen Stellen von ihren Betreibern jetzt praktisch als industrieller Großschrott behandelt wird, mit dem nichts Profitables, also gar nichts mehr anzufangen ist.

Nebenbei bewährt sich in diesem Zusammenhang die marktwirtschaftliche Idee, auch die Arbeit zu einem der besagten Faktoren der Produktion zu erklären. Theoretisch ist das zwar ein bisschen knifflig, aber praktisch ganz einfach: Der Lebensunterhalt der Arbeitskräfte geht als eine Kost in die Kosten-Gewinn-Rechnung der Produzenten ein. Für die gemäß dieser Logik neulich als möglichst billige Arbeitskräfte Gebrauchten bedeutet der derzeitige Niedergang von großen Teilen der Ölindustrie gemäß derselben Logik zwar das vollständige Streichen des Lebensunterhaltes. Vom Standpunkt der Freiheit des privaten Kalkulierens ist das aber die denkbar vernünftigste Art der Entsorgung nicht gebrauchter Produktionsfaktoren – auch das macht die Marktwirtschaft so unschlagbar effizient. Und das enthält für die inzwischen millionenfach entlassenen Ölarbeiter in aller

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

Ort:	Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim, Jügelstraße 1 (Eingang links neben dem Café KOZ)
Raum:	K1, K2, K3 (1. Stock) oder K4 (2. Stock)
Zeit:	jeweils Donnerstag um 19 Uhr
Termine:	Termine sowie Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht
Veranstalter:	farbeROT & GEGENSTANDPUNKT Informationen zu weiteren Städten auf www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html

Welt ja immerhin auch die Möglichkeit, bei der nächsten Ölbonanza – wenn sie die erleben sollten – vielleicht wieder angestellt zu werden; eine Chance, die sie in keinem anderen Wirtschaftssystem bekämen.

Auch die Methode des Abbaus von Überkapazitäten zeichnet dieses Wirtschaftssystem gegenüber allen nicht existierenden Alternativen aus. Nur einem hoffnungslos rückständigen Denken käme es sinnvoll vor, bei festgestellter Überreichlichkeit die Förderung eines Guts koordiniert zurückzufahren, das tendenziell zudem als ökologisch problematisch gilt. Dieses Resultat wird in der globalen Marktwirtschaft in einer viel trickreicheren Form erreicht, wie sich derzeit studieren lässt, nämlich als eine Art Wettkampfspiel auf dem weltweiten Ölmarkt. In dessen Rahmen kämpfen im Moment die

traditionellen Ölförderer v.a. in Arabien gegen die amerikanischen Fracker. Der Kampf geht darum, auf jeden Fall die eigene Förderung aufrechtzuerhalten, also den jeweils anderen aus dem Markt zu drängen, auf dem ja sowieso schon viel zu viel Öl schwimmt. Kampfmittel ist, man ahnt es schon: den Preis senken und den Preisverfall durch Mehrverkauf kompensieren. Gewonnen hat, wer die Produktion von noch mehr von dem, was es schon zu viel gibt, und den durch diesen Anbieterkampf immer weiter sinkenden Ölpreis am längsten aushält. Faszinierende Dialektik: Die Produktion von Reichtum an der einen Stelle findet statt mit dem erklärten Zweck, sie an anderer Stelle zu zerstören.

Die eigentliche Fortschrittlichkeit der Marktwirtschaft beweist sich allerdings erst da so richtig, wo Subjekte auf den Plan treten, die mit der

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-16

Der Staat des Islamischen Kalifats (IS) Ein Störfall für die imperialistische Weltordnung und seine ordnungsgemäße Verarbeitung

Bei jeder Nennung des „Islamischen Staats“ fügen seine Gegner hinzu, dass er sich dazu nur „selbst ernannt“ hat, also nicht von den Instanzen ernannt wurde, die sie allenfalls als dazu befugt anerkennen – ihre eigenen, die westlichen Staaten selbst nämlich. Der Ruf, den Religion und Staat im allgemeinen haben, ist offenbar so gut, dass aufgeklärte Abendländer dem IS auf keinen Fall zugestehen mögen, was sie für ein moralisches Gütesiegel halten: ein echter Staat zu sein oder werden zu wollen, der sich für sein Anrecht als Macht auch auf ein religiöses Fundament beruft – so wie sie auf das ‚christliche Abendland‘ oder als ‚god’s own country‘ als Ausweis für ihre exklusive Stellung in der Staatenkonkurrenz.

Auf einem anderen Blatt steht freilich, was die Instanzen, die den IS aus dem sittlichen Umkreis ihres Imperialismus ausgrenzen, an dem IS-Programm eines immerwährenden und überall stattfindenden Kampfes des islamischen Glaubens gegen den Unglauben wirklich stört. Und noch etwas anderes ist es, wie sehr der IS als praktische Störung der ‚Weltordnung‘ von deren Vor- und nachrangigen Mächten in ihre politischen Berechnungen eingeordnet und dementsprechend behandelt wird. Jedenfalls bringt auch und gerade dieser Feind die großen und kleineren imperialistischen Mächte, die sich allesamt für betroffen, also zu gewaltsamen ‚Reaktionen‘ berechtigt erklären, nicht dazu, ihre Konkurrenz um die machtvolle ‚Gestaltung‘ der ‚Weltpolitik‘ untereinander auch nur einen Moment zu beenden. Im Gegenteil.

Leserbriefe:

Konsum und Konsumentenmacht
Schaffen die Arbeiter den ganzen Reichtum?

Die Niederlande und Finnland - zwei Extreme bei der Suche nach einer Antwort auf das Ende ihrer europäischen Staatsräson

Mit der Krise haben Europas Staaten, jeder auf seine Weise, ihren guten Grund für die weitreichende Preisgabe hoheitlicher Verfügungsmacht über nationales Geld und Finanz- und Wirtschaftspolitik verloren: Die nationale Teilhabe an einer wachsenden gesamteuropäischen Wirtschafts- und Kreditmacht stellt keinen mehr zufrieden. Angesichts der negativen Ergebnisse, die sie als anspruchsvolle Standortverwalter in ihren nationalen Reichtumsbilanzen registrieren, arbeiten sich alle Staaten an dem Widerspruch zwischen der eigenen Abhängigkeit vom erreichten Stand der Vergemeinschaftung und dem Bedürfnis nach Selbstbehauptung ab, weil ihnen ihre bisherige europäische Staatsräson verloren geht.

Der GEGENSTANDPUNKT behandelt diesmal zwei politisch an den Rand geratene Staaten im europäischen Westen und Norden, die beim Ringen um eine Erfolgsperspektive, die sie für sich selbst in der EU noch sehen, zu ganz entgegengesetzten Resultaten gelangen.

weitere Themen:

Pariser Klimakonferenz

Die Bundestagsdebatte zur Sterbehilfe:
Sterben erlaubt - unter Vorbehalt!

**„Prävention gegen islamistische Radikalisierung
von Jugendlichen“**

**Wir lassen uns unsere jungen Köpfe nicht von
islamistischen Halsabschneidern wegnehmen!**

Verdi-Streiks bei Amazon:

**Großer US-Onlinehändler beutet seine Arbeiter aus –
das hat Deutschland nicht bestellt!**

Mit Facebook die Welt verbessern:
Zuckerberg spendet

Die neue Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube
Einzelpreis 15 € 127 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Die neue Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort als digitale Ausgabe erhältlich:

Bestellung und weitere Infos über www.gegenstandpunkt.com oder über kommerzielle E-Book-Shops wie z.B. www.libreka.de.

Jahresabo: 40 € Einzelausgabe: 10 € E-Book-Formate: pdf, epub, mobi

Ältere Ausgaben der Jahre 1992 bis 2012 sind auf www.gegenstandpunkt.com frei recherchierbar und stehen dort kostenlos als E-Books zum Download zur Verfügung.

Produktion von Öl, seinem Transport, seiner Weiterverarbeitung zunächst überhaupt nichts zu tun haben, dafür aber umso mehr in die Preisgestaltung eingreifen. In der Marktwirtschaft bleibt es nämlich nicht dabei, dass nicht geplant wird. Die für keinen einzelnen Konkurrenten planbaren Entwicklungen von Produktion und Preis sind ihrerseits der Gegenstand der überaus rationalen wirtschaftlichen Betätigung namens Spekulation. Sie ist, wie es sich gehört, auf das Verdienen von Geld ausgerichtet. Statt mit Öl zu handeln – das machen ja schon andere –, handeln die Vertreter dieses ehrenwerten Gewerbes mit Anrechtstiteln auf Öl, die sie kaufen und verkaufen, weil mit dem Bedarf anderswo der Ölpreis steigt oder fällt – und damit auch der Wert ihrer Titel. Also versuchen sie vorherzusehen, wie sich die Preise entwickeln; natürlich nicht, um doch noch das marktwirtschaftliche Prinzip außer Kraft zu setzen, dass Produktion und Reproduktion der Gesellschaft als private Konkurrenz stattfinden. Umgekehrt: dass die ganze Gesellschaft ihrem eigenen wirtschaftlichen Treiben so fassungslos gegenübersteht wie dem Wetter, ist ihre Geschäftsgrundlage. Im Unterschied zu Meteorologen hoffen nämlich die in Öl investierenden Spekulanten, dass ihre Vorhersagen möglichst niemand anders teilt. Zumindest erst einmal nicht. Denn Gewinn machen Spekulanten auch am Ölmarkt so, dass sie als erste eine Tendenz aufspüren, die nachher aber auch eintreten muss, was sie dann

und in dem Maß tut, wenn bzw. wie alle anderen dann doch in die gleiche Richtung spekulieren. Das sieht nur auf den ersten Blick ein wenig wie Irrenhaus aus; auf den zweiten Blick sieht man nämlich, dass sich damit gigantische Gewinne machen lassen, und darauf kommt es ja schließlich an. So dass es wiederum nur Ausweis höherer marktwirtschaftlicher Vernunft ist, dass es von den einschlägigen in der Zukunft liegenden Kontrakten über Kauf und Verkauf von Öl ein Vielfaches mehr gibt, als Öl überhaupt vorhanden ist. Vor allem hat es die einzigartige marktwirtschaftliche Konsequenz, dass die Preisänderungen fürs Öl nach Aussagen der zuständigen Insider durch die Spekulation auf sie überhaupt erst das Ausmaß erreichen, das im Moment für ganze Nationen eine ziemliche Katastrophe bedeutet.

Apropos Nationen: Moderne Völker haben sich ja bekanntlich dazu entschlossen, sich unter der Herrschaft von Nationalstaaten zu versammeln. So aufgestellt wiederholen sie die schöne ökonomische Praxis, dass es Kooperation nur als Konkurrenz gibt, eben weil sie so schön ist, auf inter-nationaler Ebene: Gerade beim Kampf um die marktwirtschaftliche Ausnutzung des Öls bewähren sich die staatlichen Administratoren der Nationen als diejenigen, die das marktwirtschaftliche Gegeneinander aller Beteiligten erst so richtig anheizen: Die einen fördern ihre heimische Fracking-Industrie mit staatlichem

Kredit, widerlegen kapitalismuskonträre Bedenken in Sachen Umwelt per Gesetz und machen sich beim Rest der Welt dafür stark, dass der das richtige Öl und nicht das falsche kauft; und um die Sicherung der Ölrouten und Pipelines quer durch die Staatenwelt kümmern sie sich gleich mit. Die anderen nutzen ihre staatliche Direktion über die nationale Ölproduktion, ihren staatlichen Kredit und ihr Kommando übers Volk dafür, dass kein Ölhahn trocken bleibt.

Manche von ihnen haben im Verkauf von Öl eine wichtige, einige wenige sogar ihre wichtigste staatliche Einnahmequelle. Und so sorgt die derzeitige Verwerfung an den Ölmärkten noch ganz anders für ein ordentliches Maß an Abwechslung im Leben der Völker. Weil mit den centgenau notierten Ölpreisen momentan die Haushalte ganzer Staaten kaputtgehen, sorgen die dafür, dass die Lebensverhältnisse der Leute, die sie mit diesen Haushalten regieren, ihren gerechten Teil vom Schaden abbekommen – manche Kenner raunen inzwischen von der Möglichkeit sozialer Unruhen, politischer Instabilität und dergleichen.

Das Öl sorgt also mit dafür, dass den Staaten der Ordnungsbedarf nach innen und außen nicht ausgeht. Schon gleich, wenn global wieder mal Krise ist. Nicht zuletzt darum wächst in manchen dieser Staaten ausgerechnet mit dem Schwund der entsprechenden Finanzie-

rungsmittel der Bedarf an Gewaltmitteln. Laut Aussagen von Leuten, die es mit ihrer Expertise immerhin bis ins Fernsehen schaffen, verleiht die zunehmend ruinöse Konkurrenz ums Öl insbesondere dem sowieso schon kriegsträchtigen Machtkampf zwischen den beiden Ölgiganten Saudi-Arabien und Iran ein paar neue spannende Momente. Die expertenmäßigen Begründungen sind im Einzelnen zwar nicht immer ganz klar, aber so viel ist offenbar Konsens: Das Grundprinzip des friedlichen Geschäftsverkehrs der Staaten und ihrer Weltordnung, dass auch und gerade die Produktion des Gebrauchswerts Öl ihren letzten und höchsten Zweck in der Reproduktion der staatlichen Gewalten übers Produzieren hat, schließt ein, dass sich Staaten, wenn es an dieser Quelle ihrer Macht hapert, keinesfalls zurücknehmen, sondern sich darauf besinnen, dass Gewalt ihr ultimatives Mittel ist.

Die moderne Welt ist obendrein demokratisch: Auch der einfache Mensch steht bei diesem bunten Treiben nicht abseits. *Geistig* wird er von den modernen Medien in all die knisternden Zusammenhänge eingeführt: ausführlich, kompetent, facettenreich, mit Einfühlungsvermögen für jeden der widerstreitenden Standpunkte und Interessen. Und wenn er das nicht will, macht das, wie gesagt, auch nichts. Denn *praktisch* wird er spätestens an der Tankstelle mit jedem Cent, den er zahlen muss, daran beteiligt. ◀

Die Parteitage von CDU und SPD:

Über Wahrheit und Lüge, Schwindel und Glaubwürdigkeit in der Politik

Über Politik lässt sich streiten. Aber heucheln, so SPD-Chef Gabriel, geht gar nicht:

„Man kann sich nicht morgens dafür feiern lassen, dass man eine Million Flüchtlinge nach Deutschland holt, und abends im Koalitionsausschuss jedes Mal einen neuen Vorschlag

machen, wie man die schlechter behandeln könnte.“

Doch, das kann man. Die Kanzlerin kann das sogar nicht nur morgens hier und abends dort, sondern innerhalb einer einzigen Rede auf ihrem Parteitag.

Der CDU-Parteitag

Auf dem macht sie die Heuchelei, die ihr vorgeworfen wird, zum Programm. Ihre Flüchtlingspolitik, die sie unter dem Titel der Willkommenskultur betreibt, sei „nicht mehr und nicht weniger als ein humanitärer Imperativ“. Und zwanzig Redeminuten später stellt sie klar, dass so unbegrenzt willkommen die Flüchtlinge nun auch wieder nicht sind, dass sie deren Zahl vielmehr „spürbar reduzieren“ will. Die Erweiterung der „Liste der sicheren Herkunftsstaaten“ hat ja schon „Fehlansätze beseitigt“, so dass aus diesen Ländern „heute kaum einer mehr kommt“. Und damit in Zukunft noch deutlich weniger einen triftigen Grund haben zu kommen, arbeitet sie an der „Verbesserung der Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in der Türkei... Das ist Fluchtursachenbekämpfung ganz praktisch.“ Für die verbleibenden Antragsteller hat sie auch ein schönes Angebot: Die müssen „sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben, damit sie ... nach Ablehnung des Verfahrens besser zurückgeführt werden können.“ Ein Gegensatz zu ihrer Willkommenskultur? Keine Spur. Beides liegt nämlich „im Interesse aller“, also nicht nur in dem „Deutschlands“, sondern auch und nicht zuletzt in dem „der Flüchtlinge selbst. Denn niemand verlässt leichtfertig seine Heimat.“ Heuchelei in Perfektion: Abschiebung im Dienst an der Heimatliebe der Betroffenen – das hätte sich auch Gabriel nicht träumen lassen. Doch der ist nicht mal der Adressat ihrer verlogenen Ansprache; die dient einer anderen Überzeugungsleistung – der gegenüber den Heimatfreunden aus ihren eigenen Reihen. Dort wurde zuletzt der Vorwurf laut, ihre humanitären Direktiven seien kein Dienst, sondern Verrat an der Nation und nicht zuletzt am völkischen Patriotismus der Partei. Diesen ihren Kritikern gegenüber besteht sie darauf, dass das, was die wollen, bei ihr bereits bestens aufgehoben ist; sie würde dasselbe nur netter machen: „Das kann man auch mit einem freundlichen Gesicht machen.“

Dabei ist es wirklich nicht so, dass Merkel mit ihrem Konzept einer Republik, die sich „vor den Folgen der Globalisierung nicht wegduckt“, sondern mit der Aufnahme von Flüchtlingen Welt-, Europa- und nationale Bevölkerungspolitik betreibt, und Seehofers Gesinnungsgenossen, denen auch und gerade in einem „globalisierten“ Weltwirtschaftsstaat eine glaubensfest zementierte Volksidentität über alles geht, in der Sache dasselbe wollen und nur ein anderes Gesicht dazu machen. Aber genau diesen Schwindel mutet die Chefin ihrer störrischen Gefolgschaft zu. Sie redet einfach gar nicht über das, was „wir schaffen“ sollen, sondern über die Großartigkeit ihres Vorhabens, und vereinnahmt dafür ihre „lieben Freunde“, so als hätten die gar keinen Einwand gegen ihre Linie, sondern nur nicht den nötigen Mut:

„Stellen Sie sich doch mal vor: Wenn in 10 Jahren jemand auf diese Monate im Jahr 2015 schaut, ... und dann würden wir feststellen, dass wir ... die Flinte ins Korn geworfen haben – wie würde man über uns denken? Man würde doch nur sagen: Die haben nicht an ihre Stärke geglaubt.“

Und das, so redet sie ihrem Parteivolk ins Gewissen, passt nicht bloß nicht zu „ihrem Land“ – „Ich kann das sagen, weil es zur Identität unseres Landes gehört, Größtes zu leisten“ –, sondern vor allem nicht zu ihrer ebenso großartigen Partei:

„Wenn wir jetzt zweifeln würden, ob das gelingen kann, dann wären wir nicht die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Aber wir sind sie. Und deshalb werden wir das schaffen...“

Mehr noch: Gerade das, was uns als christliche Demokraten in unserem Wesen ausmacht, ist, dass wir bereit sind zu zeigen, was in uns steckt.“

Die CDU hat sich noch nie geschaut, das profane Handwerk der Ausübung der Staatsgewalt zu Visionen zu veredeln, die sie entschlossen in die Tat umsetzt. Dafür stehen die großen Staatsmänner ihrer stolzen Erfolgsgeschichte: „Adenauer hat 1952 nicht gesagt: Wir wählen etwas Freiheit.“ Die hat zwar „noch 37 Jahre“ auf sich warten lassen, denn „zwischenrin wurde noch die Mauer gebaut“; letztlich hat zwar weder das Volk noch Adenauer die Freiheit „gewählt“, der im Übrigen schon lange tot war, als die Mauer fiel, aber straft ihn das etwa Lügen? Auch „Erhard hat 1957 nicht gesagt: Wohlstand für fast alle.“ Ein so großes Ziel zu verkünden muss man sich angesichts von „im Übrigen 753 000 Arbeitslosen“ erstmal trauen. Und, hat der Recht behalten? Nein, aber egal. Auch Helmut Kohl hat völlig entgegen den Tatsachen „am 1. Juli 1990, ohne Einigungsvertrag, drei Monate vor dem 3. Oktober, nicht gesagt: Wir werden einige Regionen Ostdeutschlands in blühende Landschaften verwandeln.“ Ob irgendeines der Versprechen dieser großartigen Visionäre wahr geworden ist, ist egal, geschluckt worden sind sie jedenfalls vom wählenden Volk jahrzehntelang, so dass die CDU „46 von 66 Jahren ... Regierungsverantwortung getragen“ hat. Die CDU war und ist an der Macht, das gibt ihr Recht. Deswegen gilt unter dem Strich: „Wir sind die politische Erfolgsgeschichte Deutschlands!“ Und damit „Deutschland in 25 Jahren noch ... das schönste, beste Deutschland ist, ... braucht es CDU und CSU“. Wenn also auch ihre innerparteilichen Kritiker weiterhin deutsche Geschichte schreiben wollen, dann sollten sie ihre kleingeistigen Bedenken schleunigst wegwerfen und sich mutig, geschlossen und vorbehaltlos hinter ihre Chefin stellen. Und wie reagieren sie? Sie jubeln ihr zu.

Den zweiten und entscheidenden Teil des Tests auf ihre unbedingte Glaubwürdigkeit besteht sie gleichfalls bravourös: Im kritischen Urteil der deutschen Öffentlichkeit erntet die Kanzlerin Respekt. Auch da interessiert nicht der Inhalt der Flüchtlingspolitik, der auf Parteitag immerhin auch nebenbei noch Thema ist. Auch da ist das Thema die unübersehbare Heuchelei, die Merkel an den Tag legt: „Sie sagt an den wichtigen Stellen nicht: ich. Sie sagt: wir ... wo nur die Kanzlerin allein gemeint sein kann“ (SZ vom 15.12.15). Was die öffentlichen Meinungsbildner an der Inszenierung der Kanzlerin interessiert, ist nicht der Gegensatz, den sie dabei wegzuwischen versucht, sondern ihr Erfolg dabei. Einen „Lucky Punch“ hat Merkel gelandet, ihre „Suggestion“ ist „groß“. So bekunden die seriösen Organe der deutschen Öffentlichkeit ihren tiefsten Respekt vor der gelungenen Tour, mit der Merkel ihre Parteikollegen mundtot gemacht und die Reihen hinter sich geschlossen hat. Einfach großartig, wie „die Vorsitzende höchstselbst ... den Gegensatz gar nicht erst aufkommen“ lässt und so jeden Einwand durch eine Umarmung, „aus der sich der Umarmte nur sehr schwer wird lösen können“, im Keim erstickt. Chapeau!

In der Politik glaubwürdig zu sein, heißt also überhaupt nicht, der Heuchelei zu entsagen. Im Gegenteil: Glaubwürdig ist der Politiker, der sie erfolgreich praktiziert, sich mit seiner Heuchelei also durchsetzt. Und wie das geht, erfährt man in dem Zusammenhang gleich mit. Merkel ist als Chefin der Nation glaubwürdig, weil sie es versteht, den Opportunismus ihrer Parteikollegen geschickt in ein Glaubensbekenntnis zu sich umzumünzen. Wenn Merkel ihre Beschlüsse erfolgreich im schönen Lichte

der guten Absichten erscheinen lässt, während sie sich über alle Widerstände praktisch hinwegsetzt und damit bei ihren Konkurrenten in der Partei berechnenden Beifall erntet, dann ist sie ihrem Beruf gerecht geworden. Und die An-

hängerschaft in der Partei wird ihrer Rolle auf dem Parteitag gerecht, wenn sie den schönen Schein durch die Akklamation der Chefin vor dem Volk beglaubigt. Die Gegenprobe zu dieser schönen Veranstaltung:

Der SPD-Parteitag

Die Flüchtlingspolitik sät auch Zwiebrucht in der kleinen Koalitionspartei. Die Juso-Vorsitzende Johanna Uekermann gibt Gabriel „für seine Politik in der großen Koalition und als Parteivorsitzender eine Vier minus. Wir lassen uns in der Flüchtlingspolitik von der Union an die Wand spielen“. Der hält auf dem SPD-Parteitag daraufhin eine Rede, in der er dafür plädiert,

„lieber etwas nachdenklicher zu sein als zu laut. Lasst uns mehr darüber sprechen, was für unser Land und für die Menschen bei uns wichtig ist, und weniger darüber, was bei anderen Parteien passiert. Nicht Parteitaktik darf unser Handeln bestimmen, sondern Ernsthaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein, Besonnenheit und Entschlossenheit.“

Auch Gabriel kennt also Methoden, politische Einwände vom Tisch zu wischen. Im Gegensatz zu Merkel wählt er allerdings nicht die Taktik, sie mit freundlicher Umklammerung zu ersticken, sondern schlägt einen mahnenden Ton an. Er wirbt um die Zustimmung zu seiner Politik vor allem mit Verweis auf die Tugenden, die er beim Regieren vorlebe und derer sich die Partei gefälligst wieder besinnen soll. Als wären seine Parteikollegen ein unentschiedener bis verwirrter Hühnerhaufen, der die Politik nicht ernst nähme, betont Gabriel die Notwendigkeit von „Ernsthaftigkeit“ in „ernsten Zeiten“ geschlagene dreizehn Mal. Doch es hilft nichts. Die ambitionierte Nachwuchskraft versteht sich aufs Heucheln mindestens so gut wie ihr Chef –

„Lieber Sigmar, an sehr vielen Stellen waren wir uns einig, ich kann ganz viel von dem unterschreiben, was du gesagt hast. Es war wirklich eine starke Rede“ –,

nur um ihm dann mit der nächsten Verlogenheit, nur im Namen von Leuten den Mund aufzumachen, die sie gut verstehen kann, ans Bein zu pinkeln:

„Aber auf der anderen Seite kann ich Leute verstehen, ... die sagen, ja, das war eine starke Rede, aber ich kann das nicht damit in Einklang bringen, was danach immer wieder passiert.“

Das erschüttert Gabriel tief ins Mark. Er keilt zurück:

„Johanna, was Du gesagt hast, ist der schlimmste Vorwurf, den man in der Politik insgesamt machen kann. Und dann auch noch in der eigenen Partei.“

Warum so empfindlich?

„Wir müssen aufpassen, dass wir keine Vorurteile produzieren, die einfach nicht wahr sind... Ich weiß, wie tief hinein in die Gesellschaft inzwischen dieser Topos wirkt, Politiker sagen nicht die Wahrheit. Und wenn wir das über uns behaupten – obwohl wir das Gegenteil tun – dann gewinnen wir keine Menschen... Wie sollen wir das dann glaubwürdig durchsetzen? Warum sollte sich denn einer dran halten?“

Ein klares Wort. Der Vorwurf der Heuchelei wiegt für Gabriel deswegen so schwer, weil allein schon der laut geäußerte Verdacht, die erklärte Absicht würde nicht zum praktizierten Handeln passen, alles untergräbt, worauf der politische Erfolg einer Partei beruht. Mit Akzeptanz und willigem Gehorsam kann man nur rechnen, wenn das, was man den Bürgern vorher ankündigt, sich mit dem deckt, was man ihnen hinterher serviert. Weil die Heuchelei und zusammen mit ihr auch der entsprechende Vorwurf in der Politik ihren fest etablierten Platz haben und weil deswegen das Misstrauen in dieser Frage im Volk grassiert, darf man dem Vorwurf der Unglaubwürdigkeit nicht den kleinsten Finger reichen. Womit man wieder beim Auftrag der Parteigenossen wäre: Sie haben durch ihre Zustimmung zum Chef den Glauben vorzuleben, den die Partei von den Bürgern haben will; sie müssen

als Kronzeugen der außer aller Frage stehenden Vertrauenswürdigkeit ihres Anführers fungieren und damit die Lüge bestätigen, die Ausübung der Herrschaft wäre im Sinne der Beherrschten. Und wenn schon die eigenen Genossen die Idealisierung der sozialdemokratischen Politik nicht mit ihrer Realität zusammenbringen – wie soll dann die Partei dem Volk klarmachen, bei ihr wäre im Unterschied zur Konkurrenz beides dasselbe?

Doch auch hier hilft Gabriel kein leidenschaftliches Plädoyer. Er kann seine Partei jedenfalls nicht für sich einnehmen – jedenfalls nicht nach dem hierzulande gängigen demokratischen Maßstab, der bei der Abstimmung über den Parteivorsitz viel mehr als die 74,3 % Zustimmung verlangt, mit der Gabriel wiedergewählt worden ist. Nach dem Urteil der Öffentlichkeit ist das eine „Wahlschlappe“, ein „Debakel“, eine „Klatsche“. Damit habe sich die SPD „auf ihrem Berliner Parteitag zielsicher in beide Beine geschossen.“

74,3 % Zustimmung – das ist zwar für jede Verfassungsänderung hinreichend, aber in diesem Fall so gut wie nichts wert. Das Qualitätsmerkmal namens „glaubwürdiger Führer“ duldet offenbar keinen Widerspruch und verträgt nur einstimmigen Jubel. Da reicht das Viertel Opposition, das Gabriel nicht kleingekriegt hat, um ihn als Führungspersonlichkeit und damit seine Partei als glaubwürdige Regierungspartei zu disqualifizieren. Die Inszenierung des Personenkults ist misslungen – da helfen auch stehende Ovationen nicht mehr. Daher reicht Gabriel erstens „den schwersten Vorwurf, den es gibt“, an seine lieben Genossinnen und Genossen zurück:

„Setzt euch mal wieder hin... Man kann nicht erst gegen mich stimmen und dann aufstehen.“

Und zweitens formuliert er den Auftrag zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Partei an die Kollegen so um, dass sie der per Wahl bestätigten Autorität ihres Vorsitzenden ohne jedes weitere Murren Respekt zollen: Er ist der Führer, also hat der Rest definitiv die Schnauze zu halten –

„Ich halte das aus. Aber die Partei hält einen solchen Umgang miteinander nicht aus... Wenn ein Beschluss gefasst wurde, dann muss der auch mal gelten.“ „So is‘ Leben in der Demokratie... Jetzt ist mit Dreiviertelmehrheit der Partei entschieden, wo es langgeht, und so machen wir es jetzt auch.“

Am Ende ist die Blamage auch in der Öffentlichkeit wieder vergessen. Immerhin hat Gabriel auch mit der für demokratische Gemüter schlechterdings unerträglichen Quote von verweigerter Gefolgschaft die Macht in seiner Partei behalten. Im Chefessel wird er bleiben, solange ihn keiner umstoßen kann – und so bleibt bei aller Häme der Öffentlichkeit gegen die Sozialdemokraten letztlich doch der Respekt gegenüber ihrem Anführer übrig.

So relativ die Niederlage Gabriels, so relativ ist am Ende dann auch Merkels Triumph. Deren Parteitag war zwar wahrlich eine Sternstunde des Personenkults, doch sobald die Gegenstimmen in ihrer Partei hinterher wieder aufleben und nicht verstummen wollen, wird Merkels Politik für die hellhörige Öffentlichkeit jenseits aller Entwicklungen in der Sache zu einem Dauertest auf ihre Tauglichkeit als Führerin. Kriegt sie die Widerstände nicht klein, verspielt sie damit ihre Glaubwürdigkeit als Chefin – nicht nur ihrer Partei, sondern damit auch der Nation.

Was zu beweisen war: Letztlich ist Glaubwürdigkeit in der Politik eine Frage der Durchsetzungsfähigkeit der Führungsfigur. ◀